

XIV. Familienpolitik

Box 1

Unterlagen ab 1979, Familienrechtsreform (1975), Familienrecht (Diss.), Frau und Familie in Vorarlberg (Forschungsprojekt)

Forschungsprojekt: „Was mir brucha täten, was i mir wünschen tät“. Bericht über das Forschungsprojekt „Frau und Familie in Vorarlberg“ unter besonderer Berücksichtigung der Frau als Arbeitnehmerin, durchgeführt von der Vorarlberger Studiengesellschaft im Auftrag des BKA und des BM für soziale Verwaltung. Projektleitung: Eva Köckeis-Stangl, Innsbruck 1982, 252 Seiten. Sozialstatistische Analysen, Oral history interviews mit Vorarlbergerinnen.

„Das österreichische Familienrecht im Wandel der verschiedenen Rechtsnormen“ Dissertation von Rose Richter, Wien 1978; historischer Teil Eherecht Josefinismus - Linzer Programm – Konkordat 1934 Adoptionsgesetz 1960 – Vormundschaftsänderungsgesetz 1967 – Unehelichengesetz 1970- Unterhaltsvorschussgesetz, 187 S. (von 251 - unvollständig!)

Redeunterlagen 1979 zu „Arbeitssuchende Frauen“; Zeitaufwand für Kindererziehung, Heirat/Scheidung, Familienbeihilfe, Pflegefreistellung seit 1.1.1976 1 Woche für jeden AN, der erkrankte Familienangehörige zu betreuen hat.

Aufwendungen aus dem Familienlastenausgleich Vergleich 1974-1980

Rede Johanna Dohnal 3.10.1986: Familienrechtsreform 1976 und 1978

Altes Familienrecht aus 1811

Bildungsniveau Mädchen gestiegen (Statistik)

1979: Gleichbehandlungsgesetz: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit, Novelle 1985: Verbot geschlechtsspezifischer Stellenausschreibungen

1976: Gesetz über die persönlichen Rechtswirkungen der Ehe/gleiche Rechte und Pflichten; genauer Text dazu

Familienrechtsreform 1975 – in Kraft seit 1.1.1976

Neuordnung der persönlichen Rechtsverhältnisse zwischen den Ehepartnern

Vergleich vor 1976 – nach 1976 bezüglich Familienname, Wohnsitz, Unterhalt, Erbe....

„Frau und Recht“: Wichtige familienpolitische Maßnahmen und rechtliche Errungenschaften für die Frauen in den Jahren 1970-1979, 7 S.

Vorstellung der Broschüre „Frau und Recht“ zur Auszeichnung von noch bestehenden Diskriminierungen in der ö. Rechtsordnung, Autorin Dr. Maria Berger

FPÖ-Frauenfolder mit Unterstreichungen (Mehr Teilzeitbeschäftigung für die Frau)

Stenographisches Protokoll Nationalrat vom 1.7.1975, 9.10.1979, 6.11.1979, 17.12.1979, 19.5.1981, 30.6.1977, 15.6.1978 (Ehegesetz), 20.3.1980 (Schule und Arbeit)

Einladung zur Familienenquete der österreichischen Frauenbewegung der ÖVP, 8.5.1982

Bundesgesetzblätter, Mütterzulage, Gesetzestexte, Kommentare dazu

Referat Dr. Gerhard Hopf: Die Familienrechtsreform und die Erwerbstätigkeit der Frau

Zitate Christian Broda

Diskussionsentwurf zur Familienpolitik von Gabrielle Traxler und Veronica Kothbauer, 11 S.

Verschiedene Zeitungsartikel 1987 zu Unterhalt, Scheidung, Pille, Familienpolitik

Pressekonferenz Männerberatung 1987

Bericht über die Situation der Familie in Österreich 1979, BKA, zusammenfassende Darstellung

Ch. Pelikan: Die nichtehelichen Lebensgemeinschaften im internationalen Vergleich, 8 S.

Unterlagen zu Wochengeld, Unterhaltsleistungen an Kinder

Presseinformation zum Thema „Alleinerzieher“ 9.7.1986

Konzept für eine Sexual- und Partnerberatungsstelle Salzburg 1985, Unterlagen zu Schwangerschaftsabbruch Region Kapfenberg

Untersuchung zu Verhütung und Abtreibung („Abtreibungsmentalität“) 5 S.

Allgemeine Korrespondenz

Gesetz über die Neuordnung der Rechtsstellung des ehelichen Kindes 1975

Mündelgeld

Box 2

Unterlagen von 1987 bis 1994, wahlweiser Karenzurlaub

Familienministerkonferenz Straßburg 1993: Memorandum Familienförderung und die Familiensituation als Faktor bei der Berechnung der Einkommenssteuer, 99 S.
Ländervergleich

Unterlagen Pressefrühstück „Lebenswelt Familie“, 26.9.1994, Kinderfreunde, Untersuchung von 825 Frauen über Wiedereinstieg nach mehrjähriger Erziehungsunterbrechung (Mobilität/Bewerbung...)

Adressen von Frauenberatungsstellen

Christa Pelikan: Die nichtehelichen Lebensgemeinschaften und ihre rechtliche Gestaltung, 23 S., 1988. Trend: „freedom of relationship“ – rechtliche Folgen für Frauen

Punktation: wahlweiser Karenzurlaub für Väter im öffentlichen Dienst

Stenographisches Protokoll NR: wahlweiser Karenzurlaub für Mann und Frau 1985, Dienstverträge für öffentlichen Dienst

Büro Dohnal: Familienpolitische Maßnahmen seit 1.1. 1990: einjähriger wahlweiser Karenzurlaub, Sondernotstandshilfe für verheiratete Mütter, Motivkündigungsschutz et., 7 S.

Familienpaket 2. Teil, verschiedene Unterlagen 1990

Unterlagen zum wahlweisen Karenzurlaub: Pressedokumentation, Karikatur 1987, Gesetze, Ländervergleich, parlamentarische Anfragen an Johanna Dohnal

Arbeitsgruppe „Karenzurlaub für Männer“, Zusammenfassung der ÖGB-Frauenabteilung, Vor- und Nachteile verschiedener Karenzurlaubsmodelle aufgelistet

Infomappe Familienpolitik: Flaf (Familienlastenausgleichsfonds)-Novelle, Väterkarenzurlaub, Betriebshilfe, Karenzurlaub für Bauern und Selbständige

Familienpaket

Unterlagen: „Was wird für Alleinerzieher getan?“ Zeitungsartikel zu katholischem Familienverband, Redenentwurf Johanna Dohnal „Frau in der Kirche“, AG Christentum und Sozialismus 1982

Familien-Manifest der ÖVP 1989, Stellungnahme dazu 7 Seiten (nicht mehr zeitadäquat, finanzielle Realisierbarkeit...3 Jahre Karenz mit Arbeitsplatzgarantie)

Familienlastenausgleichsfonds = Versorgungssystem, Sozialversicherung = Versicherungsprinzip

Schriftverkehr zu Flaf 1994 mit Rauch-Kallat, Lacina...

Informationen betreffend familienpolitischer Maßnahmen seit 1.1.1990, 7 S.

Pressedokumentation 1991 (Mehrkindstaffel, Erhöhung Familienbeihilfe, Karenzurlaub für Väter)

Familienpolitische Kommission des Bundesfrauenkomitees: Gerechte Familienpolitik

Schriftverkehr mit katholischem Familienverband 1990

Material zum Erziehungsgeld in Deutschland

Familienpaket der SPÖ (15 Seiten), Familienzuschlag, Beihilfenauszahlung, Unfallversicherung für Hausfrauen und -männer, etc.

10 Gebote von Johanna Dohnal auf der 5. österreichischen Frauensommeruniversität in Linz (du sollst...den Karenzurlaub auf 2 Jahre mit Arbeitsplatzgarantie festlegen, aber nur dann, wenn der Mann das zweite Jahr nimmt...)

Material zum Thema Pflegekinder- und Familien, Rede Johanna Dohnal beim Pflegeelterntag 1991 (Anrechnung auf die Pensionsversicherung), Infoblätter des Vereins Initiative Pflegefamilien, Anliegen der Pflegemütter, Adoptivelternvereinigung

Broschüre „Familienpolitik und künstliche Fortpflanzung“ Ergebnisse der österreichischen Enquete in Wien, Dezember 1985 (Veranstaltet vom BM für Familie, Jugend und Konsumentenschutz Gertrude Fröhlich-Sandner und Österreichischer Rechtsanwaltskammertag, Dr. Walter Schuppich), 175 S. Einleitung Broda, Recht auf Kenntnis der Abstammung, rechtliche Folgen

Wiener Familienbericht 1987, hg. von Smejkal, 78 S. Daten zu Haushaltsstrukturen, Ehescheidungen, Alleinerzieher....

Rosa Postkarten an Staatssekretärin Johanna Dohnal mit Text: „Die Mehrkindstaffelung erinnert mich an das Mutterkreuz, das zur Zeit des Nationalsozialismus an Mütter verliehen wurde, die dem Staat besonders viele Kinder geboren hatten. Schluß mit diesen reaktionären Ideologien! Frauen sind keine Gebärmaschinen! Ich fordere Sie auf, in Sinne einer frauenfreundlichen Gesellschaft für geteilten Karenzurlaub auch für Unverheiratete einzutreten! Jedes Kind ist gleich viel wert! Mit freundlichen Grüßen“

Infos zu Familienförderung – unterschiedliche Regelungen in den einzelnen Bundesländern seit 1.1.1988

Schreiben des österreichischen Wirtschaftsbundes, AG „Frau in der Wirtschaft“ an Vranitzky, 15.5.1990, 3 S., betreffend selbständige Mütter

Persönlicher Brief an Johanna Dohnal 15.4.1990 von 3-facher Mutter zu Johanna Dohnals Vorschlag, Familienbeihilfe an die Frauen direkt auszuzahlen, 4 S.

Unterschriftenliste 12.4.1990 betreffend Verschlechterung der Kündigungsschutzbestimmungen bei wahlweisem Karenzurlaub

Schreiben Landesrat Josef Koschat an Johanna Dohnal, 9.10.1989 bezüglich Familienförderung – Koordination Land/Bund, Schreiben zu Familienermäßigungen auch für Alleinerzieherinnen (Fremdenverkehr, Bahn)

Familienpolitische Maßnahmen (Familienpaket), 7 Seiten. Definition (Bewußtseinsarbeit...), finanzielle Förderung 1983: mehr als 50% des Haushaltseinkommens bei niederen Einkommen, Zielgruppe: Menschen, die für Kinder zu sorgen haben, Umbenennung in Kinderbeihilfe

Pressekonferenz „Sozial gerechte Familienförderung“ Ferdinand Lacina, JD, 22.3.1989, 6 S.: keine Mehrkindstaffelung

Punktation für Wochenendseminar der SPÖ-Frauen Penzing 1989: Gegenüberstellung familienpolitischen Maßnahmen SPÖ/ÖVP

Teilnehmermappe 12. internationaler Familienkongress Wien

Box 3

Analysen, Familienrecht, Familienberichte (1979, 1989)

Familienpolitik 1984. Definition: Familie = Ort der emotionalen Beheimatung, Diskussionsentwurf, geplante Maßnahmen, Endbericht Regierungsvorlage

Historischer Abriss (1970: Sexualerziehung in den Schulen, Familienförderung...)

Vortrag im Ministerrat. Ergebnisse der Arbeitskreise (Peter Huemer, Renate Brauner)

Bericht: Familie und Gesellschaft, Manuskript ohne Autoren- und Jahresangabe, ca.200 Seiten. Gewalt in der Familie, Geschichte der Familie, prägendes Familienideal des 19. Jhdts

Broschüre Rainer Münz (Hg.): Leben mit Kindern. Wunsch und Wirklichkeit, o.J., (ca. 1981), o. S.

Broschüre der sozialwissenschaftlichen Arbeitsgemeinschaft 1980: „Familie - wichtigste Bildungsinstanz“

Modellseminar: politische Bildung in der Familie: „Warum politische Bildung in der Familie?“ 34 S., Manuskript, 1979.

Aufsatz Peter Findl: Schichtspezifische Prozesse der Bildung, Erweiterung und Auflösung von Familien, Buchbeitrag 1982

Agnes Büchele. Sozialstatistische Analysen, Manuskript o.J., 83 S., Statistiken zu Ehe und Familie

Familienbericht 1979: Bericht über die Situation der Familie in Österreich; hg. Vom BKA 1979, 6 Hefte

Familienbericht 1989: Lebenswelt Familie, 659 S. BM für Umwelt, Jugend und Familie, Darstellung der gegenwärtigen Situation österreichischer Familien. Quantitative als auch qualitative Beschreibung. Rechtliche Folgen von Fortpflanzungsmedizin etc.

Information über das neue Ehegattenrecht, Ehegüterrecht und Ehescheidungsrecht, 15. Juni 1978, 20 S. Typoskript, hg. vom BM für Justiz

Enquete „Mutter zwischen Familie und Erwerb“ Information des Katholischen Familienverbandes Österreich, 15.12.1977, 50 S.

Pensionsversicherungsrechtliche Bestimmungen für Frauen (Nachkauf von Versicherungszeiten) 1978, 2 S.

Familienrechtsgesetzgebung in Österreich – Symposion des BM f. Justiz 21.-22.10.1977. Herbert Dachs. Über den Stellenwert der Familie in der österreichischen Volkspartei, 17 S.

Symposion „**Familienrechtsgesetzgebung in Österreich**“ BM für Justiz, 21/22. Okt. 1971

Helene Maimann: Zur Frauen- und Familienideologie des Nationalsozialismus

Helmut Konrad: Das Familienbild bei den Theoretikern der Arbeiterbewegung

Ernst Hanisch: Bis dass der Tod euch scheidet. Katholische Kirche und Ehegesetzgebung in Österreich

Josef Ehmer: Die Stellung der Frau in der Familie – vom feudal-ständischen zum bürgerlichen Patriarchalismus.

Max Edelbacher: Die Familienrechtsgesetzgebung in Österreich

Reinhard Sieder: Historische Reflexion zu Stellung des Kindes in der Familie

Elfriede Karl: Informationen zur Familienpolitik 2.11.1977, 10 S. Typoskript

Informationen über die erhöhten Familienbeihilfen, hg. vom Wiener Frauensekretariat der SPÖ, 4 S.

Box 4

Ehe/Familie in der Verfassung, Gesetze 1987/88, Familienlastenausgleichsgesetz 1967 Familienförderung, Familienpaket ab 1989

Entwurf Bundesverfassungsgesetz vom 3.2.1988 über Eltern, Kinder, Ehe, Familie und die Privatsphäre des Menschen.

Presseaussendung 20.1.1987: Johanna Dohnal gegen Verfassungsverankerung der Familie im Zusammenhang mit Menschenrechten

Grundrechtskommission „Ehe und Familie“ 19.5.1987

SPÖ-Rednerdienst: Familie und Gesellschaft

Pressedokumentation zu Karenzurlaub 1989-1991, Familienpaket 1989

Kampagne „Geld für Kinder ja, Kinder für Geld nein“ 1989

Familienpolitische Maßnahmen, die ab 1.1.1990 in Kraft treten

Sitzung Erweitertes Bundesfrauenkomitee 13.12.1989. Tagesordnung, Protokoll

Familienpolitik, Rede Johanna Dohnal 1.6.1988, 21 S., Wiener Frauen 21. Bezirk. Zitat ÖVP-Familiensprecherin Rosemarie Bauer: „Die Familie ist das Normale...alles andere ist eine Zeiterscheinung, die man dulden muss“ – Familienrecht ist ein sensibles Barometer für politische Kräfteverschiebung - Steuerreform: welche Form der Familie wird gestärkt? Steigende Anzahl der Alleinerzieherinnen. Absatz 1 des Koalitionsabkommens: Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens und Recht, die Form seiner Lebensführung nach eigener Überzeugung frei zu gestalten“. Formulierung im Jugendwohlfahrtsgesetz: „Betreuung werdender Mütter“ auf ÖVP-Antrag „werdender Kinder“ beigefügt – „Schutz des Kindes vom Tag der Empfängnis an“ - ideologisches Scheingefecht betr. Fristenregelung

Kindesmisshandlung – gesellschaftliche Sensibilisierung notwendig. Forderung: Erziehungsgeld aus dem FLAF – wahlweiser geteilter Karenzurlaub mit zweijähriger Befristung und Arbeitsplatzgarantie

Pressekonferenz Johanna Dohnal 24.5.1989: Das Familienpaket der SPÖ, 15 S. (freie Gestaltung der Beziehungen, Rahmenbedingungen schaffen, Politik der sozial schwächeren – Ländervergleich Familienförderung, Vergleich Alleinerhalter - Einzelperson...)

Presseerklärung 15.4.1992 „Die neue Familienförderung“

Wichtigste Forderungen der Frauenministerin für die neue Regierungsperiode 4.10.1994

Adelheid Popp: Jugend einer Arbeiterin, Kapitel XIV: Die Heiligkeit der Ehe und Familie.

Abschrift Morgenjournal 12.2.1987: „Die Pillenknicke-Generation gefährdet die Rentenkassen“

Presse-Artikel 16.2.1987: Franz Stadler. „Die Familie gehört in den Mittelpunkt“ Schutz des Lebens von der Empfängnis an

Unterlagen des BKA Verfassungsdienst: Rechtsvergleichende Darstellung von Grundrechtsformulierungen. Garantie der Ehe und der Familie; Recht auf Eheschließung; Recht auf Erziehung der eigenen Kinder, Gesetzestexte, Judikatur, Literatur

Johanna Dohnal: Der feine Unterschied und seine großen Auswirkungen auf die Frauen. Familienpolitik – Bevölkerungspolitik

Unterlagen für Regierungsklausur 1986, Rednerdienst „Frauenpolitik: Was will die ÖVP, was will die SPÖ?“, Pressereaktionen

Mikrozensus - Daten zur Situation der Alleinerzieher

Sitzung des familienpolitischen Beirates am 3.3.1987: „Soziale Staffelung der Familienbeihilfen“ Vorschlag Min. Flemming zur Staffelung nach Familieneinkommen

Presseinformation: Gedanken zur Situation alleinerziehender Elternteile 14.3.1989, 2 S.

Vorhaben laut Regierungstagung 1986, S. 5-19. Karenzurlaub für Väter, Pflegefreistellung, Gleichstellung des unehelichen Kindes, Mitschrift ZIB 14.3.1987 zum Thema Karenzurlaub für Väter

Unterlagen zu FLAF, Unterhaltsvorschlüsse, Gesetze zur Gleichstellung des unehelichen Kindes, Definition „Familie“. Begriff „uneheliche Familie“ vom europäischen Gerichtshof anerkannt, Gesetzestexte. Johanna Dohnal forciert weitestmögliche Auslegung des Begriffes „Familie“

Mittagsjournal 21.1.1987 Mitschrift Dohnal - Flemming zu Verankerung von Ehe und Familie in der Verfassung, Gesetzestext dazu

Pressesammlung 1987

Entwurf Bundesverfassungsgesetz über die den Eltern und Kindern gewährleisteten Rechte (1987)

Referat Johanna Dohnal: „Ehe und Familie in der Verfassung“, 29.5.1987 in Baden, 13 S. (Bevorzugung des Ehestandes – Gleichheitsgrundsatz – Gleichstellung ehelicher und unehelicher Kinder

Offener Brief der HOSI Linz: „Resolution gegen die Verankerung von Ehe und Familie in der Verfassung“ 11.4.1988

Broschüre: Familienlastenausgleichsgesetz 1967, Ausgabe 1987

Resümee des Gesprächs JD, Manfred Matzka, Helga Mayer, Hans Waschek „Was bringt eine Verankerung von Ehe und Familie in der Verfassung?“ 23.1.1987, 5 S., diverse Gutachten und Briefe zum Thema

Box 5

Scheidung, Karenzurlaub, Väter-Karenz

Standard-Artikel mit Karikatur (angeketteter Mann am Herd) 19.6.1990, erst 30 Männer im Karenzurlaub

Schreiben betr. Aktion „Recht des Kindes auf beide Eltern“ 1987; Zeitschrift Frau 34/1985
Initiativantrag zum Bundesgesetz über den Karenzurlaub für Väter (Ziel, Beginn, Geltungsbereich, Kündigungsschutz); Fraktionssitzung Karenzurlaub 20.3.1986, Gesetzesantrag 1986, Stellungnahme des Verfassungsdienstes, notwendige gesetzliche Änderungen, Ergebnisse von Arbeitskreisen (Finanzierung des Karenzurlaubs, Ablauf des Rechtsverzichts etc.) Parlamentskorrespondenz,

Punktation „Wahlweiser Karenzurlaub für Väter – öffentlicher Dienst“

Besprechung „Karenzurlaub – Verfassungsrecht“ – Gleichheitsgrundsatz - Anspruch von Männern selbständiger Frauen – Mutter muss anspruchsberechtigt sein

Schreiben „Verein zur Durchsetzung der Interessen berufstätiger Frauen“ 9.4.1985, 11 S. mit Vergleich der Regelungen anderer europäischer Staaten. Argumentation: Streuung des „Karenzurlaub-Risikos“, Erfüllung des Gleichheitsgrundsatzes....

Rednerdienst „Karenzurlaub für Frau und Mann“, 6 S.

Neyer, Monika Pelz: „Frauenarbeit, Karenzurlaub und berufliche Wiedereingliederung“(Kurztext): Daten des BM für soziale Verwaltung, 250.000 Leistungsfälle von 1979-1982

Beamtenentwurf wahlweiser Karenzurlaub 10.1.1986; Parlamentskorrespondenz

Schreiben und Besprechungen zu geteiltem Karenzurlaub – Änderungen in der Arbeitslosenversicherung

Fragebogen zu geteiltem Karenzurlaub, europäischer Ländervergleich

Studie Beate Wimmer-Puchinger: Aspekte der Eltern-Kind-Beziehung. Ludwig Boltzmann-Institut für Geburtenregelung und Schwangerenbetreuung, 12 S.

Artikel: Die Gleichberechtigung von Frauen und Männern in Schweden, 1983

Wahlweiser Karenzurlaub für Frauen und Männer:

Korrespondenz Tilman Schieber/ Protokoll des Treffens der Gruppe „Wahlweiser Karenzurlaub für Frauen und Männer“ 1983

Veranstaltung der JG Wien: Karenzurlaub für Mann und Frau, 28.1.1984, Fragebogen zum Elternurlaub für den Vater/ Parentalurlaubsbefragung bei den Arbeitsämtern: „Würden Sie bei Schaffung einer gesetzlichen Möglichkeit für den Elternurlaub persönlich den Karenzurlaub in Anspruch nehmen?“: ja 49,2%! Vergleichende Daten Schweden, Frankreich

EG-weite Regelung für Elternurlaub 1983

Gedächtnisprotokoll der Gruppe „Wahlweiser Karenzurlaub für Frauen und Männer“ 30.6.1983, Argumente pro und contra, europäischer Ländervergleich

Katholisches Frauenwerk („grundsätzlich positiv“), Leserbrief 1982 zu Karenzurlaub, Presseaussendung Dohnal 21.10.1982, Protokoll Mittagsjournal 21.10.1982
Dallinger/Gabrielle Traxler

Brief Johanna Dohnal 27.9.1982 „das neue Familienrecht...sieht Partnerschaftlichkeit vor...man sollte den Vätern zur Übernahme ihrer Pflichten alle Möglichkeiten geben...“

WSI-Studie zu Parentalurlaub, Statistische Daten zu Inanspruchnahme von Karenzurlaub

AZ-Artikel 11.10.1980: Gabrielle Traxler (ÖGB-Frauensekretärin) gegen wahlweisen KU/Antwortschreiben Hildegard Steger-Mauerhofer

IFES-Studie: Karenzurlaub für Väter 1982

Bundesgesetz, Information für den BM 1988 (verfassungsrechtliche Gutachten)

Presse: VP will 2 Jahre Karenz, ÖVP-Kritik, Gesetzesvorlagen, Schreiben Walter Geppert 1989, Sondernotstand für Verheiratete, Rainer Münz: Expertise- Kosten für Karenzurlaub

Postkarte mit Foto: Demo der katholischen Arbeiterjugend „Die Armut ist weiblich“

Kopiervorlage der Broschüre: Helene Klaar: Was tue ich, wenn...es zur Scheidung kommt?

Box 6

Kinderbetreuung, AlleinerzieherInnen, Mindestunterhalt, (1981 bis 1994)

Prenner Andrea: Kommunikationskonzept Kinderbetreuungseinrichtungen 1993, 3 S.

Konzept Tagung „Rechte der Kinder“ 1991

Broschüre der Enquete „Kinder - aufgehoben, abgeschoben“ 18.11.1989, veranstaltet von „Kinder in Wien“, 84 S.

Zeitungsausschnitt 1993 Dohnal - Forderung nach Kinderbetreuungseinrichtungen in Bundesländern

Unterlagen zum Bundesgesetz über den vorläufigen Unterhalt für Minderjährige (Regierungsvorlage) 1987, Unterhaltsvorschussgesetz (Exekutionsordnung, Begutachtung, Durchschnittsbedarfsätze

Symposium „Gemeinsame Obsorge nach Scheidung oder Trennung“

Unterlagen Verein Aktion „Recht des Kindes auf beide Eltern“ (Dr. Konasz, Verfassungsjurist) 1987- 1990 / Besuchsrechtsfragen, Ziele und Forderungskatalog, Hungerstreik 1987, Protokoll interne Bürobesprechung 6.5.1987, Zeitungsartikel

Zeitungsartikel, Profil-Artikel 11.1.1988: Der Kampf ums Kind

Presseinformation JD 16.7.1987 „Partnerschaft – ehe es zu spät ist“ („Grundsätzlich muß alleiniges Entscheidungsrecht dessen, der das Kind in Wirklichkeit ständig betreut, aus guten Gründen erhalten werden.“)

Antwortschreiben Dohnal an Aktion „Recht des Kindes auf beide Eltern“ 7.7.1987

Antwortschreiben JD 1987: („es darf nicht dazu kommen, dass die Mütter die Arbeit und die Väter die Entscheidungsgewalt haben“)

Rohkonzept: Broschüre für Alleinerziehende 1989

APA-Meldungen 1994 zu Finanzierung von Kinderbetreuungseinrichtungen, Pressesammlung zu Mindestversorgung mit Kindergärten in Vorarlberg 1994

Bedarfserhebung in den Bundesländern

Neyer Gerda: Institutionelle Kinderbetreuung in Österreich 1991/1992

Pressesammlung 1994 zu Kindergartengipfel April 1994/Länder/Finanzierung/

Konflikt Dohnal/Liese Propkop/LH Purtscher

Asyl für vergewaltigte Frauen; 40% Quotenregelung in der SPÖ (Gmoser), Karikatur Johanna Dohnal mit Luftpumpe für Gartenzwerg „Kindergartenriesengipfel“, JD mit Fahne „Mehr Kindergartenplätze“ wird von Nagel am Geldtopf zurückgehalten

15a-Entwurf: innerhalb von 10 Jahren mind. 20% der unter drei- und 85% der drei- bis sechsjährigen Betreuungsplätze schaffen, ganztägige Öffnungszeit, zumutbare Erreichbarkeit

Pressekonferenz „Aktuelle Fragen zur Familienpolitik“ 13.7.1993

Amann Anton: Projektbericht: Elternberufstätigkeit und Kindesentwicklung 1989, 50 S.

Rechtsgutachten: Übereinkommen über die Rechte des Kindes, BGBl.Nr.7/1993: „Recht des Kindes berufstätiger Eltern, (...) Kinderbetreuungseinrichtungen zu nutzen“ Gesetz wäre von den Ländern zu erlassen (§15)

Landesfamilienreferentenkonferenz 24./25. Jänner 1995, 21 S.

Unterlagen zu Abschaffung des erhöhten KUG/Karenzurlaubsgeld und Sondernotstandshilfe, VfGH Urteil: Unterhaltsleistungen an Kinder als außerordentliche Belastung 1992

Veranstaltungsreihe: „Wir brauchen Kinderbetreuungseinrichtungen“ 1992

Familienzuschlag: Chronologie/ Kindesunterhalt /Neuregelung 1992/Kinderstaffelung

Statistik privater Kindertagesheime in Wien, Förderung privater Einrichtungen, Subventionsansuchen privater Kindergruppen/Dachverband privater Kindergärten

Korrespondenz Fröhlich-Sandner

Brief LH Wallnöfer an JD vom 24.9.1985 „...aufgrund dieser Nachbarschaftshilfe wird den Kindern der ganztägige Aufenthalt im Kindergarten erspart.“

Tagesmütterprojekte

Gedanken zur Situation alleinerziehender Elternteile

Enquete: **Lebens- und Arbeitssituation von alleinerziehenden Müttern und Vätern**
9.7.1986

Statistische Daten zu Lebensformen/Scheidung/Geburtenentwicklung 1987

Brief Verband alleinstehender Frauen Deutschland (Situation, Arbeitsrecht, Steuerrecht)

Broschüre „Alleinerzieher“ (Situation, Anregungen, Adressen)

Box 7

Karenzurlaub (Briefe 1989, Familienrecht)

Oskar Lehner: „Entwicklungslinien des österreichischen Familienrechts im 20. Jahrhundert“
(Institut für Rechtsgeschichte der Uni Linz, 755 S., o.J.,1986 als Buch erschienen)

Argumente Johanna Dohnal zu den ÖVP-Forderungen nach Karenzgeld für nichtberufstätige Hausfrauen 21.6.1990 („Karenzurlaubsgeld ist Versicherungsleistung“...)

Schreiben Johanna Dohnal an alle Landeshauptmänner (Zilk, Haider, Ratzenböck, Katschthaler, Partl, Purtscher vom 8.2.1990): „Ausgenommen vom Geltungsbereich dieses Bundesgesetzes sind Dienstverhältnisse zu einem Land, einem Gemeindeverband oder einer Gemeinde (...) Ersuche, die Gesetze zu wahlweisem einjährigen Karenzurlaub zu verabschieden.“

Private Schreiben zum Thema „Zweites Karenzjahr“ 1989

Unterschriftenliste: Bäuerinnen des Stubaitals zu Leistungen des Familienpakets

Unterschriftenliste Resolution: „3-jähriger Karenzurlaub auch für die Privatwirtschaft!“

Schreiben LH Purtscher an Vranitzky bezüglich Mehrkindstaffel 13.9.1989

Persönliche Protestschreiben (Stichtag für Karenzgeldbezug 1989); Antwortschreiben Dohnal

Box 8

Kinderbetreuung, Institutionelle Kinderbetreuung (Gerda Neyer, Verträge mit Bundesländern (1989-1994), Referate zu Familienpolitik/Bevölkerungspolitik ab 1985, Steuerliche Familienförderung (Helga Hieden-Sommer), Pflegearbeit

Presseschau Oktober 1987 Kontroverse über Familiensteuer

Barbara Wintersberger: Pflege als zweifaches Frauenthema, 20 S., Literaturhinweise

Helga Hieden-Sommer: Steuerliche Familienförderung festigt ökonomische Ungleichheiten – auch zwischen Frau und Mann. Aus: Aktuelle Themen der Frauenpolitik, Linz 1994, S. 73-106.

Ursula Achtsnit: Information betreffend Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofs betreffend Unterhalt – außergewöhnliche Belastung

Referat Johanna Dohnal: Die Rolle der Frau in der heutigen Gesellschaft bei der JG-Bregenz, 13.10.1985

Referat Johanna Dohnal: Konservative Familienpolitik gegen fortschrittliche Frauenpolitik Bezirksfrauenjahreskonferenz, 14.3.1989 („Frau und Mann in der Familie sollen gleichberechtigte Partner sein, Haushaltsführung wird erstmal in einem Gesetz als gleichwertiger Beitrag des Unterhalts angesehen....wir zwingen Frauen die Frauen nicht in die Berufstätigkeit, wir sind aber sehr wohl der Meinung, dass Frauen ein Recht auf Arbeit haben, ebenso wie Männer...“)

Referat Johanna Dohnal: Der feine Unterschied und seine großen Auswirkungen auf die Frauen. Familienpolitik als Bevölkerungspolitik? Artikel in „Zukunft“ Nr.11/1986

Schreiben Heinz Fischer (Obmann der Parlamentsfraktion) an Finanzminister Ferdinand Lacina 4.9.1989 zu Verhandlungen über Familienrecht – Vorschlag 2. Karenzurlaubsjahr

Konvolut: Vereinbarung der Koalitionspartner betreffend Kinderbetreuung 10.5.1994: „Familienergänzende Einrichtung zur Entlastung der Eltern“

Stellungnahme und Gutachten zur „Vereinbarung über gemeinsame Maßnahmen des Bundes und des Länder für den Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen“ 1994 (Rechnungshof, Bundesländer)

Presseinformation Johanna Dohnal: „Zahl der ledigen Mütter lediglich um 2,6% gestiegen“

Einladungen zu Verhandlungsrunden über Finanzierung des Ausbaus von Kinderbetreuungseinrichtungen 15.4.1994, Teilnehmerliste

Gerda Neyer: Institutionelle Kinderbetreuung in Österreich, Zahlen zu 1991/92, Infos zu Kinderbetreuung in den Bundesländern, Beschluss Kinderbetreuungseinrichtungsgesetz im Ministerrat 1994

Box 9

Jugend, Jugendwohlfahrt, (Gesetzgebung), 1983 bis 1994

Kampagne der Sozialistischen Jugend Österreich 1991, „Wieviel Demokratie hat´s“, u.a. „Wer heizt mir richtig ein? Sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz – ein Kavaliersdelikt?“

Bundesgesetzblatt: Jugendwohlfahrtsgesetz 1989: Kindschaftsrechts-Änderungsgesetz und Strafgesetznovelle

Presseaussendung Egmont Foregger 30.6.1989

Kindschaftsrechts-Änderungsgesetz: Aufwertung von Pflegeeltern, Mutter eines unehelichen Kindes wird automatisch Vertreterin, Vater eines unehelichen Kindes kann bei häuslicher Gemeinschaft Rechte und Pflichten zuerkannt bekommen

Strafgesetznovelle: Vergewaltigung in der Ehe

Vorschläge für Textänderungen (Bischofskonferenz), Formulierungsvorschläge, Bericht des Justizausschusses, Gegenüberstellung der Gesetzestexte

Diskussion Jugendwohlfahrtsgesetz im Nationalrat 15.3.1989: Rede Gabrielle Traxler

Begriffsdiskussion „werdende Mutter und ihre Leibesfrucht“

Argumentation Johanna Dohnal: Begriff „werdende Mutter“ impliziert Leibesfrucht. „Kein Gesetz darf so beschaffen sein, dass es den Staatsbürger in Irrtum über die Gültigkeit anderer Gesetze (in dem Fall der Regelung zum Schwangerschaftsabbruch) führen könnte.“

Parlamentskorrespondenz 30.3.1989: Bundesrat Dr. Liechtenstein (VP) definiert Familie als „stärkste Keimzelle des Staats“. Abtreibung „nicht akzeptabel... Arzt sollte wieder bestraft werden“

Kurzprotokoll der Fraktionsbesprechung des Familienausschusses 24.2.1987

Formulierungsvorschlag Johanna Dohnal: „Familie sind Menschen, die freiwillig mit und ohne Kinder zusammenleben.“

Begründung für Familienrechtsänderungsgesetz 1987: „Ziel: „...rechtliche Gleichstellung und familierechtliche Partnerschaft“...gesetzliche Verankerung der gewaltfreien Erziehung im Familienrecht“

Artikel in Zukunft 4/1987: Johanna Dohnal: „Genügt es nicht, ein Mensch zu sein? Gedanken über laufende Bestrebungen zur Verankerung von Ehe und Familie in der Verfassung“

Presseschau Jugendwohlfahrtsgesetz 1987: „Flemming: Angriff auf Frauenrechte?“, „Ledige Mütter werden mündig, Verbot der g'sunden Watschen“, „Ideologieprobleme. Stein des Anstoßes: das ungeborene Leben“, „Unterhaltsanspruch für Kinder: Staat springt ein“, „Watschn per Gesetz verboten“, „SP-Vorschlag: Erbrecht für Lebensgefährten?“

Vergleich geltendes – neues Jugendwohlfahrtsgesetz (Gesetzestexte, Kommentare)

Zeitschrift „Der österreichische Amtsvormund“ 1/1985

Unterlagen zum Symposium: „Jugend und technologische Entwicklung“

Jugendarbeitslosigkeit (Wegfall von Büroarbeitsplätzen durch neue Technologien)

Broschüre „Weg vom Alten – frei entfalten“ Mädchentreffen St. Pölten 1990 (Bild: junge Frau als Bauleiterin)

Unterlagen österreichischer Bundesjugendring/Jugendarbeitslosigkeit